Dresdner Volkszeitung

Volksscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 300 | Dresden, Dienstag den 29. Dezember 1925 | 36. Jahrg.

Der bolschewistische Parteitag

Auf dem Parteitag der russischen Kommunistischen Partei siegte in der Schlußabstimmung Stalin über Sinowjew. Wir geben hier einen Artikel unsers russischen Mitarbeiters über die Bedeutung dieses Parteitages wieder.

Mit seltner Offenheit haben die Diskussionen des augenblicklichen russischen Parteitags die Schicksalsfrage der innerrussischen Entwicklung aufgerollt. Nach der radikalen Schwenkung, die Lenin 1921 durch die Einführung der sogenannten Nep-Politik vorgenommen hat, entwickelt sich Rußlands Wirtschaft konsequent in kapitalistischem Sinne. Die verhältnismäßig günstige Ernte des vergangenen Sommers hat diese Entwicklung weiter gefördert. Die aufsteigende Wirtschaft des Riesenlandes braucht Kapital. Kapital ist nur zu bekommen durch eine der Kapitalsbildung günstige Politik nach innen und nach außen. Die Versuche, die vorübergehend nach den großen Debatten mit Trotzki gemacht wurden, die ökonomische Schwenkung zu revidieren und den Kurs wieder in der Richtung auf den fallen gelassenen „Kriegskommunismus" zu steuern, haben zu so katastrophalen Mißerfolgen und zu so schwerwiegenden Schädigungen des Wirtschaftslebens geführt, daß man sie hat aufgeben müssen. Die Bolschewiki haben gelernt, auf eine Bekämpfung der Bourgeoisie mit terroristischen Mitteln zu verzichten. Der Terror wendet sich heute fast ausnahmslos nur noch gegen die Sozialisten. Die praktische Politik der Bolschewiki ist eine rein opportunistische „Staatspolitik" geworden. Sie sind auch im Innern „Staatsmänner". Sie sind eine Partei rechnender Kaufleute und genau kalkulierender Fabrikdirektoren. Im Zweifelsfall ist für sie nicht mehr das Interesse der Arbeiter, sondern das Interesse einer möglichst schleunigen Entwicklung ihrer Staatsindustrie und der Steigerung ihrer Rentabilität maßgebend. Sie haben lernen müssen, daß nicht die Gewalt allein die Mutter aller Dinge ist, sondern daß für den Aufbau eines Landes andre Qualitäten in Anspruch genommen werden müssen. Ihre Heroenzeit ist vorbei. Sie können von dem einmal beschrittenen Wege nicht mehr zurück.

Aus diesen Tatsachen heraus ergibt sich die steigende Spannung innerhalb der bolschewistischen Partei. Die Erfahrungen bei der Realisierung der diesjährigen Ernte haben gezeigt, wie abhängig die russische Wirtschaftspolitik von den ökonomischen Wünschen der Bauern ist. Sinowjew, der Wortführer der neuen linken Opposition, spricht mit Recht davon, daß der Einfluß des Bauerntums im Wachsen begriffen ist und er sich ökonomisch und politisch auf starke Kräfte auch in den Städten stützen kann. Der russische Arbeiter, der über die engeren Kreise der Bolschewiki hinaus jahrlang die Revolution gegen jede ausländische Intervention verteidigt hat, sieht den Nep-Mann als Erben seiner heroischen Anstrengungen. In der Arbeiterschaft, die kein Streikrecht, kein freies Versammlungs- und Presserecht hat, taucht bei der typisch kapitalistischen Form der russischen Wirtschaftsentwicklung unvermeidlicherweise die Frage auf, ob wirklich Rußland sich zum Sozialismus hin entwickelt, ob nicht vielmehr auch die russische Staatsindustrie, die die Bolschewiki als ihre Zufluchtsfeste in der Zeit der revolutionären Ebbe ansehen, nur eine andre Form der kapitalistischen Entwicklung darstellt. Auf dieser Grundlage entsteht die Parteidiskussion mit der Frage: Wohin steuern wir, zum Kapitalismus oder zum Sozialismus?

Die offizielle Führung der bolschewistischen Partei (Stalin, im Hintergrunde mit kluger Reserve Trotzki) vertritt die optimistische Auffassung. Nach ihrer offiziösen Theorie stellt die russische Staatsindustrie einen Teil des sozialistischen Aufbaues dar. Sie ist danach stark genug, ohne jede wirtschaftliche und politische Konzession an die bürgerlichen Strömungen des Landes die Wirtschaftsführung in der Hand zu behalten. Die Opposition betont, daß die Staatsindustrie nur als „Staatskapitalismus" bezeichnet werden könne und warnt vor der „Idealisierung" des Nep. Die Mehrheit des Parteitages steht hinter der offiziellen Parteileitung. Das ist auch wohl kaum anders möglich, weil ein prinzipielles Zugeständnis an die Opposition die Grundlage der ganzen russischen Staatsideologie erschüttern würde. Die Opposition wird aber durch die wirtschaftliche Entwicklung genährt, und bei einem weiteren Anwachsen der russischen Wirtschaftskräfte muß sie automatisch stärker werden. In der unter Sinowjews Führung und mit Unterstützung der angesehenen Petrograder Parteiorganisation einsetzenden, von links kommenden Kritik münden schließlich alle die Strömungen im Lande, die auf eine Lockerung der Diktatur, auf Stärkung der demokratischen Rechte der Bevölkerung hinarbeiten.

In diesem Zusammenhange ist es charakteristisch, daß die offizielle Partei jeden stärkeren Zufluß von Arbeitermassen in die Parteiorganisationen verhindern will. Ganz offen wird in dem Aufforderungsschreiben der Moskauer Organisation an die Petrograder Dissidenten betont, daß ein allzu starkes Einströmen von Arbeitermassen in die bolschewistische Partei den Bankerott bedeuten würde. Die Arbeiterbewegung kann auch gegenüber dem russischen Staatskapitalismus nicht auf die selbständige Geltendmachung ihrer wirtschaftlichen Forderungen verzichten, woraus sich ohne weiteres politische Konsequenzen ergeben. Man kann nicht jahrelang den utopischen Gedanken propagieren, daß man durch rücksichtslose Gewaltanwendung sofort in das Paradies des Sozialismus springen könne, ohne daß man nicht sieher von den Folgen seiner eigenen Demagogie gestraft wird.

Während der Debatten hat Frau Lenin sich darüber beschwert, daß das Zentralorgan der Partei bis zum Parteitag jede Diskussion unterbunden habe. Es sei nach dem Tode Lenins nicht möglich, ohne ernstliche sachliche Debatte den Kurs der russischen Politik richtig zu steuern. Diskussion innerhalb der KPR. bedeutet aber automatisch, bei dem Tiefstand der russischen Verhältnisse, Diskussion innerhalb der Gesamtbevölkerung, denn in den Strömungen der KPR. spiegeln sich alle Kämpfe, Wünsche und Hoffnungen aller Klassen und Schichten Rußlands wieder. Das ist es, was die bolschewistischen Machthaber fürchten, und deswegen lehnen sie jede Diskussion brutal ab. Sie haben zwar gelernt, daß der Wirtschaftsaufbau nicht mehr nach dem einfachen Rezept der „Vernichtung der Bourgeoisie" vorgenommen werden kann, sie haben aber noch nicht begriffen, daß ihre Diktatur während einer solchen Entwicklung immer mehr zu einer Utopie wird. Die Debatten, die jetzt so plötzlich gekommen sind, sind nicht ein Ende, sondern ein Anfang. Weder Stalin, noch irgendeiner der offiziellen Machthaber ist Manns genug, ihrer auf die Dauer Herr zu werden. Auch Rußland muß sich, ob es will oder nicht, woenn auch auf seine Art, zur Demokratie entwickeln.

Sinowjews Niederlage

Moskau, 26. Dezember. (Meldung der Sowjet-Telegraphen-Agentur.) **Der 14. Parteitag der russischen Kommunistischen Partei nahm heute, nach dreitägiger Debatte, mit 559 gegen 65 Stimmen eine Entschließung an, in der der Standpunkt des Zentralkomitees der Partei in sämtlichen außen- und innerpolitischen Fragen im Sinne der Ausführungen des Referats Stalins in allen Punkten gebilligt wird. Den Ausführungen Sinowjews über den Standpunkt der Mehrheit der Leningrader Delegierten schlossen sich u. a. Kamenew, Krupskaja, Sokolnikow an. Die Anschauungen der überwiegenden Mehrheit des Parteitages brachten Rykow, Tomski, Kalinin, Woroschilow, Bucharin und zahlreiche Provinzdelegierte zum Ausdruck, die den Kritikern des Zentralkomitees vorwarfen, keine positiven Vorschläge gemacht und trotz der Beschuldigung der Mehrheit, sie unterschätze die Erstarkung der Großbauernschaft, keine Abänderungsanträge zur Bauernpolitik der Partei gestellt zu haben. Sokolnikow betonte die Notwendigkeit der Entwicklung vornehmlich der Landwirtschaft, da im Falle des Ausbleibens von Auslandkrediten die Industrie sich nur bei verstärkter Getreideausfuhr entwickeln könne. Stalin trat in seinem Schlußwort diesem Standpunkt entschieden entgegen. Er wies erneut auf die Notwendigkeit hin, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Sowjet-Union in der Weltwirtschaft durch konsequente Industrialisierung des gegenwärtig agrarischen Sowjetstaates und die Entwicklung der eigenen Maschinenproduktion zu sichern. Unter lebhaftem Beifall erklärte Stalin schließlich, daß keinerlei Bestrebungen bei der Mehrheit des Zentralkomitees vorhanden seien, die kollektive Führung der Partei irgendwelchen Aenderungen zu unterziehen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde keine einzige kritische Bemerkung zur Außenpolitik gemacht.**

Luthers Rückkehr

Berlin, 29. Dezember. (Eig. Funkspruch.) Die Tägliche Rundschau meldet, daß Reichskanzler Dr. Luther am 7. Januar von seiner Ferienreise nach Berlin zurückkehrt. Das Blatt fügt hinzu: „Man nimmt an, daß er dann mit der Regierungsbildung betraut werden wird."

Hier scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Da die Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages erst am 10. Januar nochmals gemeinsam zur Regierungsfrage Stellung nehmen, dürfte unsres Wissens vor diesem Termin ein Auftrag zur Bildung der Regierung an irgendeine Persönlichkeit nicht vergeben werden.

Verfahren eingestellt

Berlin, 29. Dezember. (Eig. Funkspruch.) **Am vergangenen Verfassungstage hatte der Kaufmann Schnapp in Berlin, als er in der Nähe des Kurfürstendammes von einem Rudel Stahlhelmjünglinge angegriffen wurde, den Frontbannmann Delle getötet. Die Voruntersuchung ergab, daß Schnapp in der Notwehr gehandelt hat. Das Verfahren wurde deshalb inzwischen eingestellt.**

Rehnigs Freisprechung

Leipzig, 28. Dezember. Der völkische Kaufmann Rehnig, der am Tage der Reichspräsidentenwahl bei einem Zusammenstoß den Reichsbannermann Schulz erschossen hatte, war vom Großen Schöffengericht in Berlin-Schöneberg freigesprochen worden, da das Gericht zur Auffassung gekommen war, daß Rehnig in Notwehr gehandelt hätte. Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision ist nunmehr vom Reichsgericht als unbegründet zurückgewiesen worden, so daß die Freisprechung Rehnigs rechtskräftig geworden ist.

Briand über Locarno

Der Pakt vor der französischen Kammer — Briand für Doumers Pläne

Paris, 29. Dezember. (Eig. Funkspruch.) Die französische Regierung brachte am Montag in der Kammer den Gesetzentwurf über die Locarno-Verträge ein. Anläßlich dessen gab Briand eine Begründung, in deren Verlauf er u. a. erklärte: **Der Friedensvertrag hat trotz allen Bemühungen der Unterhändler keine tatsächlich wirksamen Garantien zur Lösung des Problems der nationalen Minderheiten gebracht.** Die auf 15 Jahre beschränkte Besetzung der Rheinlande war nicht als eine Sicherheitsgarantie, sondern als eine Garantie für die Ausführung der gesamten Vertragsbestimmungen aufgefaßt worden. Die in Frankreich seit dem Jahre 1920 aufeinander folgenden Regierungen suchten daher das bisher fehlende System durch ein neues System der Sicherheit zu ersetzen. Leider stießen ihre Bemühungen bei unsern Verbündeten auf „geistige Gewohnheiten und politische Tradition". Je mehr die Zeit fortschritt, um so schwieriger war es, unsre Befürchtungen der öffentlichen Meinung verständlich zu machen, deren Aufmerksamkeit andern Problemen zugewandt war, die den wachsenden Schwierigkeiten der Nachkriegszeit begegnen mußten. Der Regierung Herriot kommt das Verdienst zu, eine Lösung der Probleme in andrer Richtung gesucht zu haben.

Am 2. Oktober 1924 wurde durch das **Genfer Protokoll** die Annahme der jetzt berühmt gewordenen Formel **„Schiedsgerichtsbarkeit — Sicherheit — Abrüstung"** zum ersten Male erörtert. Frankreich bleibt dieser Formel treu, aber durch seine Großzügigkeit überraschte das Genfer Protokoll die Oeffentlichkeit und verletzte die Tradition in vielen Ländern. Als in England das Kabinett Macdonald durch das Kabinett Baldwin abgelöst wurde, mußte man zu der **Ueberzeugung** gelangen, daß das Protokoll unter den gegebenen Verhältnissen durch die britische Regierung nicht ratifiziert werden würde. Man war **also gezwungen, die Lösung der Sicherheitsfrage auf einem andern Wege zu suchen.** In diesem Augenblick verschob die deutsche Regierung durch ihre Initiative vom 9. Februar die Frage auf ein andres Gebiet. Der deutsche Vorschlag hatte unleugbare Vorteile, aber er barg auch gewisse Gefahren in sich. Es mußte vermieden werden, daß die Unterzeichnung des Garantiepaktes von einer Abänderung der Bestimmungen der bestehenden Verträge abhängig gemacht wurde. Wir konnten nicht Gefahr laufen, daß Deutschland, obgleich es den Verzicht eines Teiles unsrer Handlungsfreiheit forderte, die seinige behielt und sich weigerte, in den Völkerbund einzutreten. Schließlich konnten wir nicht zulassen, daß durch die Reihe der Abkommen, die uns angeboten wurden, wir gezwungen werden sollten, uns von unsern polnischen und tschechischen Verbündeten zu trennen. Die Elemente der in Locarno abgeschlossenen Verträge bezeugen, daß die von der französischen Regierung befürchteten Schwierigkeiten bei Beginn der Verhandlung ausgeschaltet werden konnten. In dieser Hinsicht ist es nur gerecht, den Geist **der vertrauensvollen und loyalen Zusammenarbeit anzuerkennen.** Der Ministerpräsident schloß seine Ausführungen: Die Regierung hat die **feste Hoffnung, daß die Vertragswerke die Zustimmung der Kammer finden werden.** Das bedeutet gleichfalls einen Willensausdruck Frankreichs, an der allgemeinen Aussöhnung mitzuarbeiten und insbesondere mit Deutschland freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Diese notwendige Zusammenarbeit ist aber unmöglich, wenn nicht das Gefühl des Mißtrauens verschwindet, das bereits zu lange die Beziehungen der europäischen Völker gestört hat.

Im Anschluß an die Kammersitzung empfing Briand die Presse, um ihr folgende Erklärung zu geben: „Man spricht in diesem Augenblick viel von einer **Ministerkrise im Zusammenhang mit den Finanzprojekten.** Augenscheinlich stellen die **Pläne des Finanzministers Doumer nicht den gesamten Ministerrat zufrieden. Aber ich will nicht aller acht Tage den Finanzminister wechseln. Wenn die Minister uns nicht folgen wollen,** d. h. Doumer und mir, **so müßte ich sie mit dem größten Bedauern scheiden sehen.** Ich werde aber trotzdem alle Anstrengungen machen, um sie zu halten. Ich glaube, daß man zu einer Aussöhnung gelangen kann. Ich habe zu oft Gelegenheit gehabt, von der Regierungsgewalt zu scheiden, um **nicht** jetzt für mich das Recht in Anspruch nehmen zu können, zu bleiben.

Der Widerstand gegen Doumers Pläne

Paris, 28. Dezember. (Eig. Drahtb.) Der für Dienstag anberaumte Ministerrat wird sich nochmals mit den Finanzplänen Doumers zu befassen und einen Beschluß zu fällen haben. Nach den letzten Abänderungen sollen die Finanzentwürfe zur Deckung des auf etwa 6 Milliarden veranschlagten Budgetdefizits für 1926 und zur Tilgung der Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat und der kurzfristigen Schuld, die im kommenden Jahre einen Betrag von 8 Milliarden Frank beanspruchen wird, folgende Maßnahmen vorschlagen: 1. Verwendung der von Loucheur vorgenommenen **Steuererhöhungen im Betrage von 3 Milliarden Frank** im Budget für 1926. 2. **Erhöhung der Tabakpreise** (1 Milliarde). 3. **Anordnung der gegenwärtigen Umsatzsteuer von 1,3 Prozent** auf den Exporthandel. 4. Verschärfung der Steuerkontrolle. 5. **Einführung eines außerordentlichen Verkaufsstempels in Höhe von 1,3 Prozent, der neben der bestehenden Umsatzsteuer auf fast sämtliche Verkaufsoperationen Anwendung finden soll,** und von dem man eine jährliche Einnahme von etwa 1 Milliarde erhofft. Der Punkt 5 hat heftigen Widerspruch innerhalb der Regierung hervorgerufen, und der Opposition, zu der die Mehrheit der Kabinettsmitglieder gehört, soll, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, in **unveränderter Weise fortbestehen.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251229/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG